

Er scheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
H. Deter, Göttingen-Zürich
Kasselerstr. 2.
Vollständigen
französisch gegen franco.
Schweizerische Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Abonnement:
werden nur beim Verlag und
beim besten Bekannten gegen
entgegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrspreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kantonal)
Fr. 3.— für Deutschland (Kontinental)
Fr. 4.— für Österreich (Kontinental)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kontinental).

Inserate
Die beigesparteite Preisliste
25 Bst. — 20 Bst.

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

N^o. 52.

Donnerstag, 22. Dezember.

1881.

Zus an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

In der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Österreich vertrieben ist, bezogen wird, und die dortigen
Verhältnisse sich alle Maße geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erweitern, resp. Briefe von dort an uns
auch und möglichst unfertige Artikel mitgeteilt werden. In zweifelhafte Fällen empfiehlt sich jedoch größter
Sicherheits Rückhalt. Sobald an uns liegt, werden wir auch wieder Maße nach jenen Ländern, um trotz aller ent-
gegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst abzugeben, sondern sich möglichst an irgend eine unentgeltliche
Korrespondenzstelle in Deutschland und Österreich wenden, welche sich kann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß
auch und möglichst unfertige Artikel mitgeteilt werden. In zweifelhafte Fällen empfiehlt sich jedoch größter
Sicherheits Rückhalt. Sobald an uns liegt, werden wir auch wieder Maße nach jenen Ländern, um trotz aller ent-
gegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Zu Weihnachten.

Er war es nicht, den man als Heiland preist!
Er, der zum Himmel fromm den Blick gerichtet;
Er lobte Gott und lächelte den Geist,
Das Menschensein hat er nicht vernichtet!

Was half es auch, schuf er als Ideal
Den jammerseligen, reuzerknirschten Sünder.
So starb das Kind nicht, das ohne Wahl,
Der Bestie gleich, verschlingt die eignen Kinder.

Erwache Volk! Von oben kommt sie nicht
Erlösung den gebundenen Erdenknechten!
Wenn nicht der Sklave selbst die Fesseln bricht,
So wird er ewig in den Ketten sitzen!

Genug der Zeit, die thallos man verlor!
Genug, geschätzt Kind der Noth, erwache!
Schrei deinen Feinden laut in's taube Ohr
Das Donnerwort, vor dem sie bebent: „M a c h e!“

Millionen Ihr, in Hunger, Kälte, Noth! —
Beugt Ihr Euch ewig ihren Klagen?
Muth! leuchtend wehe das Flammenbanner: Noth!
So wagt den Kampf, Ihr Riesen, mit den Zwergen!
Exal.

Moderne Saturnalien.

Die Tage der Winterkälte feierte man im alten Rom
als das Fest des Saturn, die Saturnalien genannt. Mehrere Tage
hindurch durften sich die Sklaven über ihre Lage erheben,
durften sie sich einbilden, frei und Herren zu sein. Zur Erinnerung
an das „goldene Zeitalter“, an den Urfommunismus, speisten
Herren und Sklaven an denselben Tischen, man besüßigte sich
gemeinsam, es herrschte Gleichheit. Das Christenthum über-
nahm dieses Fest als Fest der Geburt Christi, das heutige
Weihnachtsfest.

Im Mittelalter ist es der Tag St. Stephans, der zweite Weih-
nachtsfest, welcher den Dienstleuten und Leibeigenen gehörte. Und
war es auch nur ein Tag im Jahre, so war er doch bei der
herrschenden Naturalwirtschaft ein wirklicher Festtag: frei von
Sorgen durfte der arme Knecht sich tummeln, er durfte seine
Nähe vergessen, sich voll und ganz seines Daseins freuen, denn
wenn ihm der folgende Tag auch wieder die alte Last, das alte
Joch brachte, so war er doch wenigstens sicher, daß er ihn nicht
auf der Landstraße finden würde.

Wie aber sieht es heute aus? Das Weihnachtsfest, das
Christfest findet man noch immer, noch immer singt man dem
gläubigen Volke die glückverheißende Mähr: „Freuet Euch, denn
Christ ist heute der Heiland geboren“, die Freude des Festes aber
ist heute verschwunden, es ist nicht mehr das Fest der Armen,
der Beknechteten, es ist das Fest der Besitzenden, der Wohl-
habenden, der Reichen.

Frei ist heute der Arbeiter, der Sklave und Leibeigene von
ehedem, frei und unabhängig. Kein Herr hat ihm zu befehlen, an
keinen Ort ist er gebunden. Und doch ist er schlimmer daran,
als der Sklave von ehedem, die Peitsche des Aufsehers fühlt er
nicht mehr, aber rastlos ohne Unterbrechung treibt ihn die un-
erbittliche Hungerpeitsche an; die Sorge, was wird das „Morgen“
Dir bringen, gönnt ihm keinen ruhigen Genuß. Die Sorge
verkümmert sein Dasein, die Sorge verbirbt seine Feste.

Da hat sich der arme Handwerker geplagt und abgemüht für
die Weihnachtszeit, was er nur kann, geschafft, denn sie soll ihn
entschädigen für die stetig sich mehrenden Verluste des Jahres;
am Vorabend des Festes aber sitzt er verzweifelt unter einem
Haufen unverkaufter Waaren, sie sind Plunder, haben keinen
Werth mehr, seine Schulden aber sind gewachsen, kein Ausweg
zeigt sich ihm. Was nun beginnen? fragt er sich wieder und
immer wieder, er zermartert sich den Kopf, — für ihn gibt es
keine Festesfreude.

Da ist der Proletarier der Industrie, der vielleicht nach langer
Arbeitslosigkeit endlich zum Winter Arbeit gefunden hatte. Jetzt
kann er seinen Verpflichtungen wieder nachkommen, jetzt kann er
hoffen, sich wieder einen Schruppennig zurückzulegen, er arbeitet
mit Lust und Eifer, da wird ihm am Vorabend des Festes bei
der Auslösung im geschäftsmäßigen Stil mitgetheilt: Von Neu-
jahr ab wird das Personal reduziert, Du kannst dann gehen —
er zuckt zusammen — von Festfreude ist bei ihm keine Rede
mehr. Andere Proletarier in den Zentren der modernen Groß-
industrie sind so herabgekommen, müssen um solche Hungerlöhne
frohen, daß für sie die Festtage nichts sind, als Tage, an denen
sie Zeit haben, sich ihres Elends so recht bewußt zu werden.
Wer um die Weihnachtszeit hinausgeht auf die Straßen, der
sieht glänzende Läden und eine schau- und laustüchtige Menge,
wer aber hineinsieht in die Häuser, der sieht vorwiegend Kummer,
Noth und Sorge. Die poetischen Darstellungen des frühlichen
Weihnachtsfestes, welche uns in Märchen und Gedichten entgegen-
treten, sie schildern nicht das Weihnachten des Volkes, sie schildern
das Weihnachten der Wohlhabenden.
Der Gegensatz zwischen dem Weihnachten der Legende und

dem Weihnachten der Wirklichkeit ist ein so krasser, daß ihn die
herrschende Klasse selbst empfindet und sich daher eifrig abmüht,
ihn möglichst zu beseitigen. Auch sie arrangirt ihre „Saturn-
alien“.

Diese modernen Saturnalien, welche beifende Satire auf die
heutige Gesellschaft stellen sie dar! So nüchtern, so „praktisch“,
so geschäftsmäßig wie die Bourgeoisie, so sind auch ihre Weih-
nachtsveranstaltungen, vor Allem ihre „Christbescherungen armer
Kinder“. Da wird vorher am Vortage, im Bürger- u. Verein
gesammelt, der Eine läßt immer eine sanfte Pression auf den
Andern, und dann werden die Kinder der Armen der Stadt oder
des Viertels zusammenbestellt, um ihre mehr- oder minder zweck-
mäßigen Geschenke entgegenzunehmen. Je nachdem die Geber
fromm oder aufgeklärt sind, wird ein Choral oder ein Lied ge-
sungen, ein Orbet oder eine Ansprache abgehalten, und in dem-
selben Tone, wie etwa eine Auktion oder ein Ausverkauf, beginnt
darauf die Vertheilung. Kinder sind leicht empfänglich und freuen
sich wohl im ersten Moment der Geschenke, je näher sie aber
der elterlichen Wohnung sind, um omehr empfinden sie den Cha-
rakter dieser Geschenke. Im elterlichen Hause werden dann die
„guten Sachen“ beiseite gelegt, das Kind spielt eine Weile
mit dem Spielzeug, die Elter sehen schweigend zu, bewußt oder
unbewußt werden ihre Gedanken immer bitterer — das „Schöne
Fest“ endet mit einer grellen Dissonanz.

In den Zeitungen aber schildert irgend ein begeisterter Bericht-
erstatter, wie die Kleinen beim Anblick der vielen Lichter auf-
gehoben haben und wie sie dann überglücklich nach Hause ge-
stürzt seien, worauf ein Dithyrambus auf den humanen Sinn
der Neuzeit, auf das praktische Christenthum u. u. erfolgt.

Das sind die modernen Saturnalien.
Freilich, auch der mittelalterliche Grundherr, der römische
Grundbesitzer opferten wenig an den Saturnalien. Die Winter-
zeit war besorgt, auf einige Ruhetage kam es ihm daher nicht
an, während unserer Bourgeoisie bestimmte, festgesetzte Ruhe-
tage ein Greuel sind. Die Saturnalien und der Stephansfest
des Mittelalters waren eben auch nur Mittel, das Volk, „den
großen Lämmel“, einzulassen, aber Herr und Sklave,
Feudalherr und Leibeigener standen sich persönlich viel näher,
als heute Bourgeoisie und Arbeiter. Ihr Fest trug daher einen all-
gemeinen Charakter, und nicht den nackt geschäftlichen.

Es fällt uns natürlich nicht ein, darüber zu klagen, daß es
anders gekommen. Was wir anfragen, sind die heutigen Zu-
stände, nicht aber die geschichtliche Entwicklung. Wenn wir aber
nachweisen, daß die Letztere das Mißverhältnis zwischen den
Mächtigen und Unterdrückten, zwischen Reich und Arm noch zu-
geschärft, noch krasser gestaltet hat, dann zeigen wir damit auch,
daß sie den Konflikt seiner Lösung näher gebracht. Der „freie“
Proletarier der Neuzeit kann nicht wieder zum Leibeigenen, zum
Sklaven werden, es bleibt ihm daher keine Rettung, als mit
kühner Faust den Gegenstand zwischen Reich und Arm, den er
nicht mildern kann, ganz aus der Welt zu schaffen, die Gleich-
heit zur Thatsache zu machen. Das Weihnachten der Bour-
geoisie ist nur noch eine klägliche Parodie der Saturnalien der
Alten, das befreite Proletariat aber braucht keine Saturnalien,
denn es wird endlich zur Wahrheit machen, was am Weihnachten
die christlichen Priester bisher vergebens versprochen:

Friede auf Erden und den Menschen ein
Wohligefallen!

Briefe eines Achtundvierzigers.

Berlin, 16. Dezember 1881.

Die Belagerungszustände-Debatte hat den üblichen Verlauf genommen
— d. h. im Sande. Der Reichstag, in seiner bekannten Selbstentmannungs-
wuth, hat ja dafür gesorgt, daß ihm die Hände gebunden sind und er
blos die Rechenschaftsberichte der Regierungen „entgegenzunehmen“ hat,
ohne das Recht, über die Rechenschaftsberichte auch nur ein Urtheil aus-
zusprechen. Da machen sich's denn die Regierungen leicht und bieten zu
ihrer sogenannten Rechenschaft Gründe und Behauptungen, so unlogisch,
so vernunftwidrig, so fadenscheinig, so offenbar aus der Luft gegriffen,
daß man sie — wäre es Ernst damit — nicht einer Gesellschaft von
Schulknaben vorzulegen getrauen würde. Der Reichstag aber muß Alles
schlucken — er hat sich durch sein famoseres Sozialistengesetz andrücklich
dazu verpflichtet, oder richtiger: sich eigenhändig den Knebel in den
Mund gesteckt.

Die skandalösen Thatsachen, die haarsträubenden Brutalitäten, die aus
dem infamen Sozialistengesetz herausgewachsen sind, wurden von unseren
Vertretern vorgeführt und der Beachtung jedes anständigen Menschen
überliefert. In den anständigen Menschen gehörte natürlich nicht der
Herr Puttkamer mit den Stallknechtmanieren, der all diese Polizei-
schändlichkeiten für staatsretende Thaten erklärte. Jedoch unter eifrigem
Schweigen des Hauses.

Charakteristisch war die Haltung der Fortschrittspartei, die
durch den giftigen Symprommer Hanel zwar das Sozialistengesetz ver-
dammt, dafür aber auch den Vorschlag wieder aufzuheben ließ, man solle
das allgemeine Strafgesetzbuch verschärfen und die politischen Straf-
paragrafen so einrichten, daß jedes politische Vergehen, jede politische
Anschreitung vom Staatsanwalt und den Richtern gepakt werden
könnte. Ich bin überzeugt, Bismarck dement es heute, daß er im Herbst
1878 den Hanel'schen Vorschlag nicht annahm. Dann brauchte er jetzt
nicht darüber zu grübeln, wie er das Sozialistengesetz auf sämmt-

liche Oppositionsparteien anwenden könne. Er hätte sie sämmtlich in
der Tasche, die Unterdrückungs-Prozedur würde sich in Form Rechtsens
vollziehen, durch bezahlte servile Richter statt durch bezahlte servile Poli-
zisten, und der Fortschrittspartei, die sich jetzt in drohenden Phrasen
stiller Entrüstung ergeht, würde der Mund erfolgreich geklopft.

Weil anständiger als der große Fortschrittler Hanel bewiesene sich die
Sozialistensparter und Braun — „unser“ Braun, der zwar aus einem
Halsstarrig noch keine ernsthafte Person, indeß entschieden etwas reputabler
geworden ist. Er soll in Leipzig nicht mehr ganz so unmeniglich im
Weinvergilgen sein — das mag den Grund bilden. Während Herr
Vasker so tapfer, als eine Vasker'sche „Mannesseele“ es zuläßt, sein
Anathema sit! über das Sozialistengesetz wiederholte, schauderte Herr
Braun den sozialistischen Rednern, indem er die schmähvolle Injurierung
des „großen Leipziger (Polizei-) Hochverrathsprozesses“ brandmarkte.

Die einzige Abwechslung wurde durch den schärfsten Minister des
Inneren in die Verhandlungen gebracht. Dieser nervöse Dominikus-
Stammann bemühte sich nämlich, in die sonst gerade nicht sehr heitere
Materie das komische Element einzuführen, und spielte die Rolle des
Regierungs-Hanswurfs mit solchem Witz, daß schallendes Gelächter
seine Anstrengungen belohnte.

Einen glücklichen Anlauf in dieser Richtung machte übrigens auch Herr
von Puttkamer, als er in seiner Replik auf die Anklage von Hofenecker
diesem vorwarf, daß er sein Thema nicht von hohen Gesichtspunkten aus
behandelt habe. Polizeischweizererei von hohen Gesichtspunkten behandeln.
Die Idee ist in der That originell. Ob Herr von Puttkamer die
„hohen Gesichtspunkte“ eines Buchhanfes oder Laternensphales meint?

Gegen Hofenecker ist seitens der Fortschrittler und anderer Pseudo-
demokraten ein entseßliches Geschrei erhoben worden, weil er ihnen das
Herz für die Sache des Volkes und der Unterdrückten abspach. „Unverschäm-
t!“ schrie der wohlgezogene Herr Hanel, und „wer hat denn Ihre
Leute unterstüßt?“ sekundirte Herr Stammann. Das „unverschäm“ lassen
wir dem wohlgezogenen Herrn Hanel — das deutsche Volk muß doch
wissen, wie „gebildet“ seine Professoren sind; und was den Herrn Stam-
mann anbelangt, so scheint derselbe sich allen Ernstes einzubilden, die
deutsche Sozialdemokratie lebe von den Beiträgen, die einige Mitglieder
der Fortschritt- und sogenannten Volkspartei zum Unterhaltungsfond
gezahlt. Fern sei es von mir, diejenige unserer politischen Gegner, die
ihre Menschenpflicht Opfern des Sozialistengesetzes gegenüber ausgeübt
haben, die gebührende Anerkennung zu versagen. Herr Stammann darf
mir aber glauben: wenn unsere Ausgewiesenen und deren Familien
einzig auf diese Beiträge angewiesen gewesen wären, hätten die weitaus
meisten von ihnen Hungers sterben können. Daß Herr Stammann der
Beiträge seiner Parteigenossen in so offenkundiger, ja praherischer Manier
erwähnt, zeigt beiläufig, daß der Takt und das Partgefühl dieses Herrn
im umgekehrten Verhältnis zu seiner Werthschätzung des Geldes steht.

Jetzt einen Punkt, der speziell Sie angeht. Im Lauf der Debatte kam
auch auf den „Sozialdemokrat“ die Rede. Nach den Berichten der Zeit-
ungen könnte es scheinen, als sei das Parteiorgan von zwei Sprechern
der Partei, von Hofenecker und Blos desavouirt worden. Das
ist nicht richtig. Es ist wahr, die Genannten haben die Verant-
wortlichkeit für den gesammten Inhalt des „Sozialdemokrat“ nicht
übernehmen zu können erklärt, das ist denn doch weit entfernt von einem
Desavouir. Man wird sich erinnern, daß die preussische Regierung bei
mehreren Gelegenheiten die Verantwortlichkeit für den Gesammt-
inhalt des „Staatsanzeigers“ abgelehnt hat, ohne den offiziellen Charakter
dieses Organs zu bestreiten. Ich will nicht bestreiten, daß die Form, in
welcher Hofenecker und Blos des Parteiorgan erwähnten, vielleicht
geschickter hätte gewählt werden können, indeß im Fluß der Rede findet
sich nicht immer die ganz korrekte Form. Ich kann übrigens versichern,
daß, um etwaigen Mißverständnissen vorzubeugen, die erste im Reichstag
sich bietende Gelegenheit ergriffen werden wird, um den offiziellen Cha-
rakter des „Sozialdemokrat“ zu betonen. Wahrscheinlich wird dies bei
der dritten Sitzung des Reichstags sein, wo Liebnecht, der sich bisher in Folge
der durch seine Doppelwahl ihm auferlegten agitatorischen Thätigkeit an
den Sitzungen des Reichstags so gut wie nicht betheiligen konnte, in der
Generaldebatte den Standpunkt unserer Partei zu vertreten den Auf-
trag hat.

Verbrecher-Album. 2)

Ein Richter des Leipziger Hochverrathsprozesses.

Unter den Nr. 47 des „Sozialdemokrat“ aufgeführten Richtern des
Leipziger Reichsgerichts, welche über Dave und Genossen „Recht“
sprachen, befindet sich ein gewisser Dehnhardt. Dieser Richter, in
Stettin unter dem Namen Blutrichter bekannt, war vor der Ein-
richtung der neuen Justizordnung in Pommerns Hauptstadt Polizeirichter.
Als solcher hatte er über Straßmandate, gegen die Refus ein-
gelegt wurde, endgiltig zu entscheiden; d. h. einfach das Urtheil der
Polizei zu bestätigen, denn er ging wie alle Streberfesteu von dem
Grundsatz aus, was die Polizei thut, das ist wohlgethan, und wenn sie
wirklich Unrecht hat, dann darf man dies nicht vor dem Volke zugeben,

1) Nach Einsicht in den genealogischen Bericht können wir das in
Bezug auf Hofenecker stellen lassen, nicht aber von Blos, mit
dessen Ausföhrungen wir uns an anderer Stelle beschäftigen.
Ann. der Redaktion.

2) Unter dieser Rubrik gedenken wir dem deutschen Volke die Ver-
brecher, welche in Amt und Würden und unter dem Scheine der
Ehrbarkeit Recht und Gerechtigkeit mit Füßen treten, soweit es in unsere
Kräfte reicht, zur Kenntniz zu geben. Wir fordern alle rechtlich
Denkenden im deutschen Reiche auf, uns dabei zu unterstützen. Der
wahre Beruf der politischen Presse ist es, Ankläger der öffentlichen
Meinung zu sein, während diese das Urtheil zu fällen und zu exekutieren
hat. Bei den herrlichen Zuständen in Deutschland können diese Anklagen
nur vom Auslande aus erhoben werden, die Presse der herrschenden
Klassen ist so durch und durch korumpirt, daß sie die Schurkerei ent-
weder noch beschönigt, oder durch Schweigen launzioniert. Deso ener-
gischer muß der Protest der Unterdrückten und ihrer Parteilänger sein.

dem dadurch wird die Beschränkung in ihrer Autorität herabgesetzt, ergo wird gerade das Unheil bekräftigt, und der Appellant hat noch außerdem die Gerichtsbeschlüsse zu bekräftigen.

Das ist nun im Reiche der Gottesgerechtigkeit und frommen Sitten nichts Absonderliches, und was es zur Beachtung des Rechts volgo Reichsgerichtsrath bringen will, der muß auf Extralektionen hinweisen können, sowohl was juristische Gewissenhaftigkeit als was Charakterlumperei anbetrifft. Daß Dehnhardt diese Bedingungen vollständig erfüllt, dafür mag folgende Episode Zeugnis ablegen.

Es war im vergangenen Jahre, als ein alter Schuhmacher Dörfling, der wegen angeblicher Ueberrichtung einer Polizeiverordnung mit fünf Jahr Strafe belegt war, zu mir kam und mich um Rath anging, da er sich durch die Bestrafung beschwert fand. Ich las das Strafanmandat durch und erinnerte mich dabei, daß in einem analogen Falle der Polizeirichter Dehnhardt — er war damals erst in das Amt eingeführt worden — in Händen des Beschwerdeleiters entschieden hatte. Deshalb richt ich dem Dörfling, Refers anzucomen, was dieser auch that. Inzwischen hatte ich auch das Erkenntnis des Richters in dem analogen Falle aufgetrieben und dem Dörfling eingehändigt, damit er es im Termin vorlegen und den Richter auf seine glückliche Entscheidung aufmerksam machen könne.

Es handelt sich nämlich um eine kommunale Polizeiverordnung, die gegen ein Reichsgesetz verstößt, und deshalb vom Richter Dehnhardt einst als nicht zu Recht bestehend anerkannt worden war. Dörfling gab ruhig seinen Verstoß gegen die Verordnung zu, bestritt aber die Legitimität der Verordnung, Dehnhardt glosste den Dörfling erst eine zeitlang an, dann fragte er: „Wo haben Sie die Gesetzeskenntnis her?“ Dörfling hielt nun dem Richter sein eigenes Erkenntnis hin und machte ihm begreiflich, daß er ein freisprechendes Erkenntnis bestimmt verlange. „Was! Sie verlangen? Ich werde Ihnen zeigen, was es heißt, ein Recht verlangen!“

Armer Dörfling, Recht verlangen ist ein Wort, das man einem Streiter, wie Dehnhardt gegenüber, nicht gebrauchen darf. Der Edle stellt also mit dem Ankläger, dem Polizeirath Kanakoff, seine Weisheitslehre zusammen und erkannte dann „im Namen des Königs“ dahin, daß die Strafe von fünf, weil zu „niedrig“, auf zehn Jahr zu erhöhen sei. Dörfling gab über diese Gemeinheit seinem gerechten Unwillen Ausdruck und erlaubte sich dem „edlen“ Richter vorzumerken, auf jeden Fall eine Inkonsequenz begangen zu haben. Da griff der Dehnhardt zum Glodenzug, ein Rantins erschien, und Dörfling wurde zu 24 Stunden Haft wegen ungebührlichen Betragens verurtheilt und zu sofortiger Verbüßung abgeführt.

Dafür, daß Dehnhardt aber immer hübsch die Strafanmandate des Königl. Polizei-Präsidenten „im Namen des Königs“ sanktionierte, wurde er auch an hohen Stellen persona gratissima und seine Verdienste blieben nicht unbekannt. Bei dem Inkrafttreten der neuen Justizorganisation wurde er zum Landesgerichtsrath in Stettin ernannt, während alte Kreisgerichtsräthe Amtsrichter wurden. Diese unerbittliche Thatsache machte in Stettin seiner Zeit Aufsehen, zumal andere Richter, z. B. der Kreisgerichtsrath Küper, der gleichfalls nur Amtsrichter wurde, sich über diese Beförderung der neuen Kommissar beim Justizminister beschwerten.

Die Antwort kam nach einigen Monaten von oben herab. Sie bestand in einer Beförderung des Landesgerichtsraths Dehnhardt zum Hilfsrichter beim Reichsgericht.
New-York, 14. November 1881.

Georg Holschid.

Sozialpolitische Rundschau.

Jülich, 21. Dezember 1881.

Durch die Presse des In- und Auslandes ist in den letzten Tagen die Notiz, daß unser großer Vorkämpfer Karl Marx im Sterben liege. Nach eingeholter Erkundigung können wir unseren Genossen die erfreuliche Mittheilung machen, daß diese Nachricht unwohl ist. Karl Marx ist zwar noch sehr leidend und bedarf außerordentlicher Schonung, aber er befindet sich entschieden auf dem Wege der Besserung. Marx' Krankheit datirt übrigens nicht erst vom Tode seiner Frau, namentlich die Pflege seiner sterbenden Lebensgefährtin ihn die Rückficht auf das eigene Wohl außer Augen setzen ließ, und so zur Verschlimmerung seines eigenen Zustandes beigetragen haben mag. Uebrigens wird es unsere Leser doppelt interessieren, zu erfahren, daß wenn ein ähnliches Ereignis auf die Wiederherstellung Marx' eingewirkt hat, es, wie wir einem Privatbrief entnehmen, die tapfere Haltung des deutschen Proletariats bei den letzten Wahlen gewesen ist.

Noch einmal die Debatte über den Belagerungszustand. Der stenographische Bericht über die Reichstagsverhandlungen vom 10. Dezember liegt uns nunmehr vor, und sind wir daher in der Lage, unsere Ausführungen über dieselben zu ergänzen, beziehungsweise zu berichtigen.

Was zunächst Hasenclever's Rede anbetrifft, so freuen wir uns, konstatieren zu können, daß unser Genosse eine ganze Reihe von Wendungen, welche ihm die Presse unterlegte, nicht gebraucht hat, und daß er im Allgemeinen den richtigen Ton getroffen hat, sowohl den Negierungen als auch den gegnerischen Parteien gegenüber. Wir werden in der nächsten Nummer die markantesten Stellen seiner Rede zum Abdruck bringen. Im Einzelnen haben wir freilich Randzettel zu rügen, besonders die unpräzisen und der Mißdeutung fähigen Auslassungen über unsere Stellung zu den russischen sogenannten Nihilisten und zum Ehrer Sozialistenkongress. Daß in Bezug auf den letzteren die Ehre unserer Partei eine unzweideutige Erklärung notwendig macht, liegt auf der Hand. Auf dem Wädener Kongresse wurde die Parteilichkeit mit der Entsendung zweier Vertreter beauftragt, dem ist einfach entsprochen und in Ehrer abfolut nichts verhandelt und beschlossen worden, was nicht schon viel energischer in Reden und Schriften in Deutschland ausgesprochen worden ist, und was unsere Partei irgendwie kompromittieren könnte. Eine Verleugnung des Ehrer Kongresses muß als eine Verleugnung der internationalen Solidarität der Sozialdemokratie betrachtet werden, ganz abgesehen von der Rücksichtslosigkeit gegen den Delegirten der eigenen Partei. Aber auch in Bezug auf die Nihilisten ist eine Erklärung Hasenclever's notwendig, da seine dahingehenden Ausführungen der Mißdeutung fähig sind und theils unabsichtlich, theils böswillig bereits mißdeutet worden sind. Daß es Hasenclever fern lag, die Nihilisten zu beleidigen, geht aus dem Wortlaut seiner Rede unzweideutig hervor. Er sagte an der betr. Stelle:

„So werden Nihilisten und Bogabunden erzeugt; da soll man sich wundern, wenn diese Leute die Gesellschaft nicht mehr achten, den Krieg der Gesellschaft erklären?“

Kann hätte das besser, prinzipieller ausdrücken können, aber aus einer ungeschickten Redewendung jemanden ein Verbrechen zu machen, vermögen wir nicht. Eine Richtigerstellung hatten wir indeß für geboten, und zwar folgenden Grunden:

Die russischen Revolutionäre und Sozialisten, die selbst im Kampfe stehen und daher auch wissen, was Taktik ist, sind viel zu vernünftig, von uns Erklärungen und Demonstrationen zu verlangen, die unsere Situation in Deutschland schlimmer gestalten, als es uns durch die Umstände gehoben erscheint. Was Sie aber von uns verlangen, ist, daß wir ihnen positiv nicht schaden. Jedemal, wenn von unserer Seite eine abweichende Äußerung über die Nihilisten im Reichstag gefallen ist, ist sie von der russischen abhängigen Presse mit häßlicher Schadenfreude

isportirt worden, und die öffentliche Meinung gegen die Revolutionäre einzunehmen und diese selbst zu entmenschen. Man urtheile selbst, was es für einen Eindruck auf einen Menschen, der seine ganze Existenz für seine Sache auf's Spiel setzt, machen muß, wenn er erfährt: Seine Gesinnungsgenossen im Auslande wollen nichts von Dir wissen, sie verhöhnen Dich und sagen sich los von Dir! Andererseits aber, wie sehr auch die russische Regierung die Presse übermacht, so kann sie doch nicht verhindern, daß alle Sympathie-Erklärungen des Auslandes für die Nihilisten in irgend einer Form in's Land dringen und die wackeren Streiter für die Befreiung des russischen Volkes ermuntern. Der russische Delegirte in Ehrer hat das ganz besonders betont. Es ist also sehr zu wünschen, daß in Zukunft gerade in dieser Frage das Vorurtheil der Spielbürger nicht mehr gehakt, sondern lediglich der prinzipielle Charakter unserer Partei hervorgehoben werde, was in Deutschland ohnehin nicht oft genug geschehen faun.

Was dann Frohme's Ausführungen anbetrifft, so hätte derselbe nach unierer Ansicht, wenn er schon an den Leipziger Hochverrathsprozeß einging, das ehrenwerthe Reichsgericht nicht gar so glimpflich davorkommen lassen sollen. Was er dagegen in Bezug auf die Polizei sagte, unterschreiben wir selbstverständlich von A bis Z. Frohme hat durchaus Recht daran gethan, dagegen zu protestieren, daß es Sache der Polizei sei, erst ein Verbrechen groß ziehen zu helfen, um es dann zur Verurteilung vor das Reichsgericht zu bringen. Der Polizei einen Vorwurf zu machen, daß sie nicht rechtzeitig eingeschritten sei, ist Frohme gar nicht eingelassen.

Genosse Stolle's Ausführungen geben uns zu keinerlei Bemängelung Anlaß, wir bedauern nur, daß derselbe erst am Schluß der Debatte zum Wort kam. Seine Rede war kein rhetorisches Meisterstück, aber der Ton derselben entsprach der Situation unserer Partei.

Das gerade Gegenstück aber ist bei der Rede des Abgeordneten Bloss der Fall. Der süffisante, dichterische, staatsmännisch sein sollende Ton, den dieser anshlug, mag vom Standpunkt eines oppositionellen Journalisten sehr schön gewesen sein, für den Vertreter einer unterdrückten Partei, für den Vertreter von armen, ausgehungerten Weibern paßte er ganz und gar nicht. Wir halten es für unsere Pflicht, das hier ausdrücklich zu konstatieren. Wir verwahren uns mit aller Entschiedenheit gegen das Vorgehen des Herrn Bloss im Reichstage, das wir für einen Verstoß gegen die Ehre unserer Partei erklären. Kein Wort von dem, was im Referat der vorigen Kammer gegen diese Art von Opportunismus gesagt ist, nehmen wir zurück.

In seiner Antwort auf Hasenclever's Rede hatte Herr Puttkamer auch folgenden Passus aus einem Artikel des „Sozialdemokrat“ über die Tödtung des Wucherers Sothen durch dessen Diener Hietler verlesen, in dem es in Bezug auf die Thatsache, daß das Wiener Volk am Grabe dieses Sothen tanzte, folgendermaßen lautet:

„Das Volk hat damit ein Urtheil gesprochen, es hat erklärt, daß Hietler recht gehandelt hat, daß er nicht anders handeln konnte. Es hat erklärt, daß unter der anarthischen Herrschaft des laissez faire, laissez aller der Proletariat der Faustrecht des Kapitals gegenüber keine andere Waffe besitze, als das Faustrecht der brutalen Gewalt. Und damit, daß es die Empörung gegen das Individuum Sothen feierte, feierte es die Empörung gegen die Gesellschaft, deren hervorragendes Mitglied er war, und insofern sind die Tänge um das Grab Sothens ein ebenso bedeutsames Symptom als die Tänge um das Grab Ludwigs XV., welche das Nahen der französischen Revolution verkündeten.“

Müßiger konnte sich ein Sozialist über dieses Postum gar nicht ausdrücken, ja sogar nichtsozialistische Blätter haben ihrer Sympathie mit dem durch Sothen zur Verewigung getriebenen Hietler offen Ausdruck gegeben. Herr Puttkamer hielt es für passend, von unseren Vertretern zu verlangen, sie sollten „solche Ergüsse“ mit „Indignation“ desavouiren!

Der nächste sozialistische Redner war Bloss, anstatt nun, wie es die Ehre und die Grundzüge unserer Partei gebieten, diese Zumuthung Puttkamer's mit Indignation zurückzuweisen, oder sie wenigstens zu ignoriren, gestiel sich derselbe in folgender ganz unqualifizierbaren Auslassung:

„Es ist fernher von dem Herrn Minister des Innern darauf hingewiesen worden, daß unter uns sozusagen zwei Parteien bestehen, eine gemäßigte und eine extreme oder revolutionäre, wie er sie genannt hat. Ich möchte diese Eintheilung etwas anders machen. Es sind vielmehr die zwei Parteien eine ausländische und eine einheimische; so wird die Sache wohl liegen. Die ausländische Partei hat ihre Organe, die inländische Partei hat keine mehr. Nun haben wir die eigenthümliche Erscheinung, daß jedesmal, wenn das Verfahren der Regierung gegen uns motivirt werden soll, uns die sämtlichen Sünden der ausländischen Partei auf den Hals geladen werden.“

Was soll man dazu sagen? Auf dem Wädener Kongress erklärten die Delegirten der deutschen Sozialdemokratie den „Sozialdemokrat“ einstimmig zum Organ der Partei, die Genossen in Deutschland ratifiziren diesen Beschluß durch reges Abonnement und fleißige Korrespondenz mit demselben, die Parteilichkeit benutzte ihn für ihre Mittheilungen; im Frühjahr dieses Jahres erkennen Auer und Bebel ausdrücklich an, für die allgemeine politische Haltung des „Sozialdemokrat“ die Verantwortung zu übernehmen, alles das trifft für Herrn Bloss nicht, der „Sozialdemokrat“ ist bloss das Organ der „ausländischen Partei“. Wir vertreten nicht das Interesse der Redaktion, sondern das der Partei, wenn wir gegen diese Annahme Verwahrung einlegen. Es bleibt Herrn Bloss unbenommen, seiner allerhöchsten persönlichen Mißbilligung über die Existenz und Schreibweise des „Sozialdemokrat“ Ausdruck zu geben, wir werden diesen Schlag zu überwinden wissen, mehr aber darf er nicht.

Auch gegen die angherzig-spielbürgerliche Trennung von „ausländischer“ und „inländischer“ Partei legen wir im Namen der zahlreichen Genossen energischen Protest ein, welche, im Auslande lebend, bisher mit unausgesetztem Eifer für die Interessen der deutschen Sozialdemokratie gewirkt und Opfer gebracht haben, und welche die Äußerung des Herrn Bloss nicht abhalten wird, noch wie vor ihre Schuldigkeit gegenüber der Gesamtpartei zu thun.

Es thut uns leid, daß wir den begeisterten Eindruck, welchen die Reichstagswahlen allüberall auf unsere Genossen gemacht, durch so herbe Erdereuerungen föden müssen, aber wenn Vertreter unserer Partei nach einer so kräftigen Lebensäußerung derselben eine so kraftlose Sprache führen und das an einer Stelle, wo sie rickhaltlos dem Unwillen und der Empörung der arbeitenden Klasse Ausdruck geben sollen, dann ist es unsere Pflicht, Einspruch dagegen zu erheben. Es ist hier ein wunder Punkt, aber den wir uns nicht hinwegwünschen dürfen, dem es gilt, herab zu entgegenzutreten. Prinzipis obsta, wie der Lateiner sagt, das Uebel muß im Keim erstickt werden.

In dem deutschen Reichstage haben sich die Liberalen und Konservativen in Punkte Wahlfassungen und Wahlbeeinflussungen gegenständig allerhand Kräfte an den Hals geworfen. Herr Puttkamer vertrat die Rechte der Dynastie Bismard — pardon! — der Regierung Sr. Majestät des Kaisers und Königs mit ebensoviel Unerschämtheit als Ungeheiß. Wilhelm soll über die grobe Abfertigung der Liberalen vor Bonne ganz aus dem Häuschen gewesen sein, was diese natürlich nicht abhält, nach wie vor „in unüberbrücklicher Treue“ zu ihrem „geliebten Heidenkaiser“ zu stehen, und „entwähler“ dagegen zu protestiren, daß sie — auf den Thronwandel spekuliren. Die Schwärzerei für den Kronprinzen, die Lobpreisungen seines Glanzings, des Herrn Bocho Entenberg, geschieht also nur um der schönen Augen derselben willen. Wer's nicht glaubt, verdient — Herrn Gänel zum Justizminister.

Der milde Kaiser Wilhelm hat dem Medizinalrathgeber Beder, der die Tänzerin Adele Grandow durch unerhödeten Leichtsinns zu Tode kurirt hatte, den Rest seiner ohnehin niedrigen Strafe in Gnade erlassen. Das mag selbst den verkosteten Republikaner rühren.

— Christlicher Staat und jüdische Börse. Nach der Bergisch-Märkischen kommt jetzt die „Berlin-Anhaltische“ an die Reihe. Die Aktionäre dieser Bahn sollen eine Rente von sechs Prozent erhalten, und die Börse ist ihrer Sache so gewiß, daß sie, um im Börsenjargon zu reden, sofort die Größe des Kurspreises eskompirtete, das heißt eine frühliche Courspfeigerung inszenirte. „Als nächste Verstaatlichungsobjekte“, wird der „Frank. Zig.“ geschrieben, „gelten nun neben der Berlin-Hamburger die Oberschlesische, Rechte Oderufer und Altona-Kieler Eisenbahn. Die Eskompirtung der Verstaatlichung trieb sofort ihre Wäthen in einer viele Prozent umfassenden Courspfeigerung dieser Aktien. Die Annahme aller Verstaatlichungsverträge seitens des Landtags wurde mit solcher Gewisheit vorausgesetzt, daß es nicht notwendig erschien, die Möglichkeit der Ablehnung derselben (und an diese muß man doch denken) mit einer Prämie zu decken. Jedenfalls gefühlte diesmal dem „Reichsanzeiger“ die Anerkennung, der Spekulation einen großen Dienst geleistet zu haben.

Unter solchen Umständen werden die jüdischen und christlichen Börsenmatabore mit Vergnügen den „Gißbaum“ in die Tasche. Und das Volk ist überglücklich ob seines staatssozialistischen großen Kanzlers. Was will man noch mehr!

Die Mainzer Wahl hat leider nicht den Ausgang genommen, den wir Alle erhofft hatten. Der Kandidat der Wismuth-Parteien hat mit 236 Stimmen über Bebel gestimmt, der nun verläufig keine Aussicht hat, in den Reichstag zu kommen. Wir hatten 200 Stimmen mehr als bei der ersten Stichwahl — ein Beweis dafür, wie tapfer sich unsere Genossen gehalten, denn es ist eine bekannte Erfahrung, daß bei Nachwahlen die in der ersten Wahl siegreiche Partei nicht mehr vollständig auf dem Kampfplatz zu erscheinen pflegt. Namentlich pflegt dies der Fall zu sein, wenn die Nachwahl in Folge einer Doppelwahl stattfinden muß, weil der gewählte Kandidat zu Gunsten eines anderen Bekannten optirte.

Unter solchen Umständen haben wir früher Altona verloren und Glausau-Meerane nur mühsam behauptet, das aber diesmal auch verloren ging.

Es kann nicht gelengnet werden — und liegt ja in der Natur der Dinge —, daß die Ablehnung oder Niederlegung eines Mandats geeignet ist, auf Diejenigen, welche das Mandat erteilt haben, verstimmend zu wirken.

Uebrigens muß den braven Mainzer Genossen zu ihrer Ehre nachgesagt werden, daß sie, sobald sie vom Sachverhalt unterrichtet waren, nur noch an ihre Pflicht dachten und sich mit selbstverleugener Begeisterung und rastloser Energie den Anforderungen und Opfern der neuen Doppel-Wahlkampf unterzogen.

Die Frage, ob es nicht klüger gewesen wäre, wenn Liebknecht Offenbach anstatt Mainz ausgegeben hätte, ist zwar jetzt eine vollkommen müßige, zumal das bekannte Versprechen der Offenbacher Genossen ein fait accompli geschaffen hatte, das keine Wahl mehr zuließ. Trotzdem sei hier darauf aufmerksam gemacht, daß der Offenbach-Dieburger Kreis weit mehr als der Mainzer durch Liebknecht's persönliche Agitation gewonnen worden war, und daß er außerdem, schon wegen der dreimal größeren Flächenausdehnung, trotz der größeren Majorität weit schwerer für einen neuen Wahlkampf zu organisiren gewesen wäre, als der Mainzer Wahlkreis. Wir haben sonach keinen Grund, anzunehmen, daß im Fall der Annahme des Mainzer Mandats durch Liebknecht Bebel sicher in den Besitz des Offenbacher Mandates gelangt sein würde. Man darf — abgesehen von den bereits gemeldeten Erwägungsgründen — nicht vergessen, daß der Offenbach-Dieburger Kreis ebenso gut ein neu erobertes ist wie der Mainz-Oppenheim's.

In Bezug auf die Mainzer Stichwahl sind uns verschiedene Berichte zugegangen, die wir gelegentlich verwenden werden. Der Gesamtbericht steht noch aus. So viel wollen wir indeß heute schon schreiben, daß die elende Verdächtigung, es sei in Mainz unfererseits um die Stimmen der Merkitalen gekümbt worden, abfolat aus der Luft gegriffen ist. Nirgends haben die Priester so leidenschaftlich gegen unsere Kandidaten agitirt als gerade im Mainzer Wahlkreise. Die Bebel'sche Erklärung, „wir erstreben auf dem, was man heute das religiöse Gebiet nennt, den Abscheus“, seine Broschüre „Christenthum und Sozialismus“, verschiedene Artikel des „Sozialdemokrat“ u. wurden immer wieder herangezogen, um die gläubigen Christen gegen ihn zu heben, und Bebel gehört, es freut uns doppelt, das hier konstatiren zu können, nicht zu den Männern, die um eines Mandates willen ihre innere Ueberzeugung bemänteln oder gar verläugnen. In Weiskirchen bei Mainz, z. B. hatte in einer von den Ultramontanen einberufenen Versammlung der jesuitische Jesuitenjüngling Radé mit Bebel's Broschüre in der Hand gegen den Antichrist gebannert, das Erste, was Bebel als er die Tribüne bestieg, that, war die Erklärung, daß er wirklich diese Broschüre geschrieben habe und dieselbe noch heute vertrete. Und als ihm der anwesende Oryspasse Pful! jurist und deshalb zur Rede gestellt behauptete, er müsse seinen Gott gegen Pflaster schlagen, da rief ihm unser waderer Genosse zurück: „Schlagen Sie Ihren Gott in Ihrer Kirche aber nicht in der Versammlung. Da aber hier meine Ansicht von Religion und Christenthum in die Debatte gezogen worden ist, so werde ich dieselbe auch motiviren“, und nun zeigte Bebel in seiner klaren, rickhaltlossten Weise den erhasnten Landenten, wie das Christenthum erhasnt ist, wie es seine Moral aus anderen früheren Religionen gezogen hat, was es stets von den Mächtigen und Herrschern benutzt worden sei u. c. Er mag durch dieses Auftreten manche Stimme verloren haben, ja man kann behaupten, daß er bei ein wenig mehr Geschmeidigkeit wahrscheinlich gewählt worden wäre, so aber hat er viele, bisher Wäuhige, zum Nachdenken gebracht, was sicher mehr werth ist. Der im deutschen Volke heute grassirende Pest der Prinzipienverleugnung muß ihm äußerster Energie entgegenzuwirken werden.

— Wiederrum sind der Genossen aus Leipzig angewiesen worden: Schneider Franz Rahmeister aus Rissingen, Buchbindergefelle Karl Friedrich Grimm aus Waidlungen, Marktbesitzer Karl Hermann Schuster aus Plethe, und Schuhmacher Franz Schmidt aus Leipzig — alle vier wegen ihrer Thätigkeit bei den Wahlen. Die Wahlen! nicht ist den deutschen Regierungskassen fataler, als daß die Sozialisten auf dieses „gefehrliche“ Kampfmittel nicht verzichten wollen.

— Aus Sachsen, 15. Dezember. Die Polizei in Chemnitz ist noch die alte, und Siebdrat noch so froh wie früher. Die lächlich-gemüthliche Nachsicht, mit welcher der Landtag über seine Streiche bei der letzten Landtagswahl hinweggegangen ist, hat den Polizeihelmen veranlaßt, bei der jüngsten Chemnitzer Stadtverordnetenwahl ein Seitenstück zur Keinen-Affaire anzuführen. Er überließ diesmal das Wahlkomite der freien Bürgervereinerung in einer Privatwohnung. Auf dem Tische lagen couvertirte Briefe mit Stimmzetteln, die den Wählern per Post zugehändt werden sollten, was natürlich ein guter Fund für die politischen Langfinger war, welche sich schlammigst die Briefe aneigneten. Der Schuhmachermeister Walther, der sich in dem politisch belagerten Komitee befand, fragte an, ob das wieder eine kleine Keinen-Affaire werden solle. Dafür wurde er sofort arretrirt und nach der Polizeiwache gebracht. Inzwischen brachte man aus der Vorstadt Schloßchemnitz drei andere Sozialisten herüber, welche ebenfalls gemeingefährliche, auf den Umsurz der bestehenden Stadtverordneten gerichtete Stadtverordnetenwahlagitiation betrieben hatten. Auch da, Bratus? sagten sie zu Walther, der von mehreren Polizeigen umlagert wurde, auf daß er keinen Umsurz unternehme. Aber die drei Schloßchemnitzer waren auf der Polizei kaum warn geworden, da kam das ganze Komitee der freien Bürgervereinerung, sieben Mann hoch, anmarschirt und ward

gleichfalls in den tranten, allen Chemiker Genossen längst bekannten Hallen einquartiert. Nun ließ es: der Wädelhüter vor! Und August Walther wurde zur Audienz bei Sr. Vormüher, Herrn Siebdrat, befohlen. Wenn nämlich in Chemnitz etwas passiert, ist allemal August Walther Schuld. Bei der Landtagswahl wurde er mit in die Liste gebunden, bei der Reichstagswahl, als Geißer gewählt war, wurde neben Geißer sofort auch Walther eingewählt, denn er und der Kandidat, die beiden trugen ja doch Schuld an dem ganzen Unheil. So auch hier. Siebdrat ließ Walther vorführen und sagte ihm, daß er die durch seine Beamten geräumten Briefe der Staatsanwaltschaft übergeben werde. Von dem weiteren Verbleib erfuhr man so viel, daß Walther dem Polizeidirektor mittheilte, die Briefe gingen ihn gar nicht an, und es gäbe doch sozusagen ein sogenanntes Briefgeheimnis. Daraus war Siebdrat ärgerlich geworden, hatte kein zugegeben, endlich aber doch wenigstens einen Theil der Brief-Einlagen, eine Aufforderung zur Wahl, konfisziert, um die rechtzeitige Abstimmung zu verhindern. Vorwand dazu gab ihm die fehlende, bei geschlossenen Privatbriefen durchaus unübliche Druckfirma. Die Druckfirma als Strick zum Erhängen von Wahlausfälscher ist überhaupt jetzt sehr modern geworden. Wenn die Polizei an einem Ausruf absolut nichts auszufolgen weiß, behauptet sie: die Druckfirma ist falsch, konfisziert die Blätter und sperrt den Drucker ein. Nachdem Siebdrat seinen Appetit durch die besagte Konfiskation gestillt hatte, gab er das verhaftete Komité frei, bezieht aber die Briefe, ließ sie während der Nacht von seinen Polizisten öffnen, und die Zirkulare an die Wähler herausnehmen. Für die öffentliche Sittlichkeit in Chemnitz war diese Polizeithätigkeit sehr vorthalhaft, denn es war Sonntag Abend und auf den Tausfalten machte man sich das Ausbeiben der politischen Aufsicht weidlich zu Nuße, und segnete Siebdrat. Letzterer hatte seinen Zweck erreicht; als die aufgerissenen Couverts und Stimmzettel am andern Morgen — dem Wahltag — zuruckgegeben wurden, konnten sie nicht mehr neu convertirt und ausgegeben werden, die Wahlbeeinflussung war geglückt und hunderte von Stimmen gingen uns verloren. Aber damit war Siebdrats Mißthun noch nicht gefehlt. Er bedauerte einen Nachthun gegen Walther, der ihn so gekrögt hatte. Krögt Brot konnte er ihn nicht bringen, wie unsern Genossen Zeißig, der vom Verfallensbahnhoße hinausgemahregelt wurde, denn Walther ist selbständig. Aber er hat eine Wohnung, die sollte nicht die Polizei wenigstens vernichten. Walthers Hauswirthin ist gleichzeitig Hofwirthin, und die Hofwirthin hat Kraft unserer miserablen Lokalgesetze und -Verordnungen die Sklaven der Polizei. Siebdrat legte daher der Wirthin Polizeifunde auf, und sie muß ihr Total um 10 Uhr Abends schicken, d. h. sie wird geschicklich ruiniert, mit der ausdrücklichsten Motivierung, daß dies geschehe, weil ein Sozialdemokrat in ihrem Hause wohnt! — Die Kreisauptmannschaft Jwidan, welche Herrn Siebdrat für alle nichtwürdigen Streiche im Voraus Absolution erteilt hat, sanktionirte auch diese althergebrachte. Und das Resultat derselben? Walther sucht sich einfach eine andere Wohnung in Chemnitz.

Die der Polizei besonders mißliebigen Dresdener Sozialdemokraten wurden bekanntlich vor der Wahl unter den verschiedensten Vorwänden, aber alle zur selben Zeit sammt und sonders eingesperrt — ein Kabinetsakt von Polizeijunkis, welches nur in Eugen Sue's Roman „Der ewige Jude“ ein Pendant findet, in dem der geistvolle Verfasser dieselbe Art der Beseitigung von Menschen aus der bürgerlichen Gesellschaft heraus einer ausgesuchten Jesuitenliste zuschreibt. Jetzt ist die Wahl vorüber und nun kommen auch die Gefangenen, die von der Wahl gewaltsam ferngehalten worden waren, wieder zum Vorschein. So kehrte vorige Woche unser wackerer Genosse H. Schlichter nach jahmonatlicher Haft wieder zurück. Schlichter war eingesperrt worden, weil er der Expedition der „Abendzeitung“, welche als Zentralpunkt der hiesigen sozialistischen Bewegung angesehen wurde, vorstand. Nach ihm wurde ohne Annahme jeder Verhaftung, der die Expeditionsthatigkeit Schlichters fortsetzte; die Zeitung wurde unterbrochen, die Eigentümer der Druckerei wurden verhaftet, dann auch ihre Stellvertreter, aber jeder kehrte mit einem andern Vorwande, damit das „Ansehen der Justiz“ gewahrt werde. Oben so heftig richtete sich die Verfolgung gegen unsern Genossen Max Kayser, und auch er wurde vor der Wahl noch rechtzeitig verhaftet. Nächsten Sonntag kommt er wieder in Freiheit, aber wie das Druckerei- und Zeitungsgeschäft durch die Verhaftungen u. s. w. ruiniert wurde, so ist nun auch Kayser's Existenz vernichtet. Er hat keine Fingerringbandlung angeben müssen, und da er obendrein aus Dresden ausgewiesen ist, steht er nun wieder erloschen und heimathlos da, nachdem er hier zwei Jahre redlich daran gearbeitet hatte, sich eine bürgerliche Existenz zu gründen. Und dieses Schicksal trifft ihn, weil er seiner Gesinnung treu geblieben, weil er auf gesetzlichem Boden weiter arbeiten wollte für unsere Sache, durch Förderung der Wahlen. Die Polizei erlosch eine Anklage, ein gefälliger Richter vordrängte ihm, er habe von Wierburg ein Paket mit sozialistischen Schriften nach Dresden geschickt, und so unhaltbar, so ersichtlich erlunden die Anklage war, sie genügt, um Kayser seine Freiheit, seine Existenz und seine Heimath zu nehmen. Das sind die Zustände in Deutschland!

Bildung macht frei, behauptet ein bekanntes Sprichwort. Aber was ist Bildung? Darüber hat der österreichische Finanzminister, Graf Danajewski, in der Debatte über die Ländereinkommen-Interpellation, ganz unzweifelhaft Auskunft erteilt, indem er den beachtenswerten Ausspruch that: „Wer sich ein Loos zu 100 Fr., das noch drei Prozent trägt, kauft, gehört zur gebildeten Klasse, welche weiß, was sie kauft.“

So, nun wissen wir's doch. Wer also gebildet und durch Bildung frei werden will, der braucht nur auf die Reklamen der Ländereinkommen-Interpellation und Serbenlose zu lauschen, dann ist er's. Man sieht, der edle Bole Danajewski, nebenbei der Stolz der konservativen Oesterreicher, geht noch über den Delfbrück mit seinem: man kann die Dummheit nicht hindern, ihr Geld los zu werden, — er erklärt es für ein Privilegium der „Gebildeten“, über's Ohr gehauen zu werden. Auch nicht schlecht.

Uebrigens, Spott bei Seite, wie gleichen sie sich doch im Grunde auf ein Haar, die konservative und die liberale Finanzgräuel!

Aus der „freien“ Schweiz. Wenn die Liberalen in Deutschland und anderwärts die Summe ihrer politischen Weisheit ausstrahlen wollen, dann weisen sie mit Empörung auf die Schweiz hin und rufen triumphierend aus: Dort, wo die Freiheit herrscht, verschwinden die Sozialdemokraten! Auf gut deutsch heißt das: Wo die Arbeiter sich in den Glauben wiegen lassen, sie seien freie Männer, da lassen sie sich wirtschaftlich um so williger knechten. Es ist zweifelsohne ein Kleinlein Wahrheit in diesem Satze enthalten, wenigstens die Thatfache, daß unter den Schweizern die Sozialdemokratie sich so langsam entwickelt, damit noch lange nicht hinreichend erklärt ist. Noch eine ganze Reihe anderer Faktoren, auf die wir vielleicht ein andermal noch zu sprechen kommen, lähmen die Energie der Schweizerischen Arbeiter und machen sie zu weit willkürigeren Kapitalisten als es z. B. ihre nordischen Brüder sind.

Die Schweizerische Fabrikgesetzgebung ist die vorgeschrittenste der Neuzeit, sie schreibt unter andern den stündigen Normalarbeitstag für den erwachsenen Arbeiter vor, — aber sie hat ihr Hinterhütchen. Bei besonders dringenden Arbeiten können die Kantonsregierungen auf Empfehlung der Orts- und Kreisvorstände ausnahmsweise Verlängerung der Arbeitsstunden bewilligen. Die „Liberalität“, mit welcher die Behörden solchen Gesuchen entgegenkommen, grenzt an's Unglaubliche und bildet ein häßliches Kapitel der radikalen Arbeiterpresse. Ein ganz besonders drastisches Bild lieferte vor Kurzem der „Grübler“. Es ist so charakteristisch, daß es die weiteste Verbreitung verdient.

„Ein mechanisches Establishment in Winterthur“, heißt es da, „erfreut sich nach den Jahren der Stokkum während welcher die Arbeiter bei

7-stündiger Arbeitszeit zu Rüchenschmelz-Schmalhans in die Kof mußten — hotten Geschäftsgängen. Man kann nicht genug betonen. Um es doch zu können, und zwar mit der gleichen Arbeiterzahl, ist die gesetzliche Ueberzeitbewilligung nöthig. Das Gesetz wird ausgelegt. Die Fabrikanten vergessen nicht, darin besonders zu betonen, daß die Arbeiter, die lange nicht verdient, diese Gelegenheit gerne benutzen, um sich wieder „emporzuschwingen“. Der Gemeinderath hat Mißgefühl für die — armen und reichen Teufel, er empfiehlt das Gesetz. Den Statthalter rühet das kordiale Verhältnis zwischen Arbeiter und Besitzer — er empfiehlt auch. Und die Regierung sagt ja, erst für drei, vier Monate, auf wiederholtes Verlangen nochmals um drei, dann — wahrscheinlich aus Besorgnis, der Arbeiter könnte durch so vieles Arbeiten am Ende reicher werden als der Herr — noch für zwei und auf unabhängige Telegraphien nur noch für einen Monat. Als „Zustupf“ bewilligen sich schließlich Herr und Arbeiter selbst noch einen Monat. So hat man glücklich vom Januar bis Dezember ohne gegenseitigen Groß am „vereinigen“ Wohl über die gesetzlich normierte Zeit gearbeitet. Der Arbeiter fühl's auch richtig in den Knochen und der Fabrikant im Beutel. . . .“

Während in anderen Ländern die Arbeiter in richtiger Erkenntnis ihrer Klasseninteressen vor Allem für Abkürzung der Arbeitszeit eintreten, sehen wir hier — ein trauriges Bild tagelänger Unterwürfigkeit — die Arbeiter ihrer und ihrer Genossen offenbaren Interessen direkt im's Gesicht schlagen.

Unter solchen Umständen ist es kein Wunder, wenn die Herren Arbeitgeber in der Schweiz „ihren“ Arbeitern immer unverschämter entgegenzutreten, sich ihnen gegenüber Dinge erlauben, die selbst bei den Geduldigen dem Fuß den Boden ausschlagen müssen. Die Kapitalhunden kennen, wo man sie ungerührt halten und walten läßt, keine Mühsung, sie sind unerlässlich und dabei feige und grausam bis zum Erzech. Unterläßt durch die langandauernde Krisis haben sie ununterbrochen die Löhne herabgedrückt, soweit als es überhaupt nur möglich war. Aber in ihrem Eifer für die gute Sache des Menschthums haben sie schließlich über das auch ihnen gesteckte Ziel hinauszugeschritten, auch die Geduld des Nachsichtigen hat ihre Grenzen, und reichen nicht alle Anzeichen, so regt sich unter den schweizerischen Proletariern wieder das Gefühl des Widerstandes, welcher ihre Verfahren auszeichnete. Die in voriger Nummer erwähnten Vorgänge in der „Reinmühle“ sind ein beachtenswertes Anzeichen.

Arbeiterrisiko. Am 8. Dezember wurden durch schlagende Wetter in der Kohlengrube Marie in Seraing bei Lüttich 66 Grubenarbeiter getödtet. Wenn man doch ein Gesetz erlasse, wonach immer einer der Herren Verwaltungsräthe in der Grube anwesend sein müßte, diese „Unfälle“ würden bald abklingen. Damit hat's aber noch lange Wege, und das Menschenfleisch ist ja so billig. Genosse Bertrand theilt in der „Egalité“ mit, daß der Lohn für einen Grubenarbeiter drei Franken pro Tag beträgt.

Frankreich. Den Radikalen, welche ob der Freisprechung Rochefort's in dem von Herrn Konstan, dem französischen Generalkonsul in Tunis, gegen ihn angehängten Verleumdungsprozess jubeln, denn diese Freisprechung ist ein arger Schlag für die Herren Opportunisten — verabsolgt Paul Lafargue in der „Egalité“ folgende kleine Douce:

„Après Tunis, weshalb neuerdings der Vernunft in gewissen monarchistischen und radikalen Bourgeoisblättern? Weil die Affaire sinnlich geführt wurde, weil sie ein Reinsfall ist! — — — Anfangs, als Alles wie am Schnürchen ging, behandelte die Marsfelder Bourgeoisie den Held des Bardo, die gesammte Presse schäumte über vor Entzücken; kaum wagten es einige Wenige schlüchtern von möglichen Verwicklungen mit Italien zu sprechen. Nur die Arbeiterpartei hielt, von der Gruppe „Egalité“ veranlaßt, am 20. Juli ein Meeting ab, um gegen den schamlosen Jubel der Bourgeoisie zu protestiren und die Tunisische Expedition zu geisteln. Heute sind die goldenen Entzückungen verblühen, man sucht daher eifrig nach einem Sündenbock, Roussin, Ferry, Gambetta. Die Arbeiterpartei nimmt keinen Wechsel an, wenn sie, wie die Radikalen, die Verstrickung der Hampfshuldigen verlangt, sie weiß, daß die Verantwortung für das in Afrika vergossene Blut und für die verübten Injannien auf das Haupt der gesammten Bourgeoisie als Klasse fällt.“

Aber die Tunisische Affäre, welche die von der sozialistischen Allianz (einer unsern Volksparteien ziemlich gleichwerthigen Gruppe. Kam. d. Med.) patronisirten sozialistischen Radikalen entwirft, ist nicht einzig in ihrer Art, ist kein Phönix. Sie war nicht das erste finanzielle Abenteuer der Bourgeoisrepublik und wird nicht ihr letztes sein. Wie war es denn mit der Egyptischen Affäre, mit der Abfertigung des Rheides? Waren es nicht die Regierungen von Frankreich und England, welche die Bezahlung der dem Rheide von dem Credit Foncier, dem Rothschilds und den anderen Königen des „Wundertempels“ abgeprochenen Wucherzinsen forderten? Diese ehestichen Leute hatten zu 10—15%, dargeleihen. In Egypten fand man keine Romadenplumme wie in Tunis, welche noch nicht von der europäischen Zivilisation durchschaut sind und ihre Freiheit mit einem Raube vertheidigen, den die Bourgeoisie von der „nationalen Vertheidigung“ nicht lassen können. Die Geschichte war mit einem Hauchfreich abgemacht, der Rheide wurde entronnt, und zwei große europäische Regierungen, das republikanische Frankreich und das konstitutionelle England setzten Steuer-einnahmer ein, um die armen egyptischen Fellahs im Interesse der hohen internationalen Finanztype auszupressen. Wo ist der monarchische, radikale oder opportunistische Bourgeois, der gegen diese Expedition, die den diplomatischen Einfluß von Frankreich und England Wucherern zur Verfügung stellte, protestirt hätte? In jener Zeit bekamen die Radikalen erst Mißzähne.

Noch ist nicht abzusehen, wie die Tunisische Geschichte ausgehen wird, und schon fordern Bourgeois neue Expeditionen in die Ferne. Die Händler von Yokohama haben den Verkauf der für das Ausland bestimmten japanischen Seide monopolisirt, was ihnen zufließt. Am 21. Oktober forderte nun die Handelskammer von Lyon rückhaltlos von der Regierung, sie solle auf diplomatischem Wege interveniren, sich in die inneren Angelegenheiten Japans einmischen und das Monopol der Händler von Yokohama brechen. Wie es keinen philantropischen und republikanischen Fabrikanten gibt, der nicht bereit wäre, um des Verdienstes von einigen Centimes willen Kindern und Frauen 10—12 Stunden Zwangsarbeit aufzuerlegen, so gibt es keine Handelskammer, keine Finanzgesellschaft, die nicht bereit wäre, um ihrer 4 Sous Interessen oder des Kurzes ihrer Aktien willen, Frankreich in einen Finanz- oder Handelskrieg zu führen. Die Lyoner Kaufleute, welche so laut gegen das Monopol der japanischen Händler, das „den Wohlthäten der philantropischen Völker so sehr widerspricht“, schrien, haben selbst den Handel mit ausländischer Seide monopolisirt und benutzen ihr Monopol, um die Seidenindustrie Frankreichs zu ruiniren und ihren jammenden und wehenden Mitbürgern mehrerlei Preise abzuwacken. Vor der Verschmelzung der neuen Provinzialbanken in die Bank von Frankreich stellte die Lyoner Bank gerade in der Zeit der Seidenkäufe ihre Abrechnungen mit den kleinen Geschäftskleuten ein, um alle ihre Fonds den großen Seidenhändlern zur Verfügung zu stellen, die so die Mittel erhielten, die Seidenankäufe von Frankreich und Italien zu monopolisiren. Die Unverschämtheit der Lyoner Bourgeoisie geht noch über die von Kalaui.

Der in Rede stehende Brief der Lyoner Handelskammer an den Handelsminister wurde ohne Zusatz in der „Justice“ vom 25. Oktober abgedruckt, wie eine Sache, die sich von selbst versteht. . . . Man glaube nur nicht, daß ehrenhafte Männer, wenn sie an der Spitze der Regierung stehen, die Bourgeoisie verhindern könnten, sich auf das Budget zu stützen wie Drogen auf eine Honigsäusel. Unzot war ein ehrlicher Mann, und er ermunterte die Korruption ebenso wie der schamlose Dieb Thiers. Der

Diebstahl ist die herrschende Leidenschaft der Bourgeoisie, und dieselbe will ihrer Leidenschaft unbedingt fröhnen können. . . . Um sich am Ruder erhalten zu können, wird ein fideleiner Radikaler, wie Herr Clemenceau, gezwungen sein, ganz wie Gambetta, eine Morgan-Kleihe zu gestalten oder die Bourgeois werden ihm wie Mas zerbrechen.“

Das sind Rezensionsstücke, gegen welche Herr Clemenceau und seine Freunde noch so laut protestiren müßten, sie treffen sie an der empfindlichsten Stelle. Die Bourgeoisie, ob radikal, ob liberal, ob konservativ, will ausbeuten, will spekuliren, will Profit machen. Wie der Profit gemacht wird, kommt für sie erst in zweiter Linie in Frage. Und wer nicht die Profitmacherei an der Wurzel angreift, der wird auch der Korruption nicht Herr, mag er noch so schöne Reden gegen dieselbe halten, noch so fest an die Macht seines Wortes glauben. —

Wie der „Proletaire“ mittheilt, befindet sich Genosse Malon seit Ende voriger Woche im Gefängniß St. Pelagie. Malon hatte Anfang dieses Jahres im „Citoyen“ die radikalen Fabrikanten von Jurineuz scharf wegen der Kinderausbeutung angegriffen und war hierauf zu 1500 Franken Strafe und 2000 Franken Entschädigungsgelder verurtheilt worden. Später — Ende August — trat Malon aus der Redaktion dieses Blattes aus, das bald darauf Bankrott machte. Die Herren Jurineuz legten auf die Kaution Beschlagnahme, welche ein gewisser Canal, der Annoncenplakat des Blattes, gestellt hatte. Dieser, ein echter Spitzbube, versprach, daß Malon, dem die Verwaltung des „Citoyen“ noch 1900 Franken Honorar schuldet, die ganzen Entschädigungsgelder zahlen werde und erwirkte zu gleicher Zeit einen Verhaftsbefehl gegen Malon und eine Beschlagnahme auf seinen Gehalt beim Jurastrassengangs, an dem Malon gegenwärtig mitarbeitet. Aber Proteste gegen dieses ungesetzliche, dem Rechtsgrundlag des non bis in idem (nicht zweimal für dasselbe) im Gesicht schlagende Verfahren ungeachtet, muß Malon jetzt auf 15 Monate ins Gefängniß. Die Abenteuer vom „Citoyen“ aber, welche sich Sozialisten nannten, gehen frei aus. Eine gute Lehre für die französischen Sozialisten.

Der Zimmererevangelist ist noch immer nicht beendet. Die Londoner Zimmerer haben längst ihren Genossen in Paris einen Beitrag von 250 Franken geschickt, und eine zweite Sendung von gleicher Höhe in Aussicht gestellt. Ob der Streik mit einem Siege der Arbeiter enden wird, ist noch sehr fraglich. Ein Theil derselben hat sich an die Gemeinderäthe und die Vertreter von Paris in der Deputirtenkammer um Intervention zu ihren Gunsten gemeldet, wogegen sich der sozialistische Zimmererverband verwahrt hat.

Glücklich für die Arbeiter beendet ist dagegen der Streik der Piano-fortearbeiter, fast beendet, und zwar auch zum Vortheil der Arbeiter der der Bildhauer. Zum Theil durchgesetzt haben ihre Forderungen die Goldschmittarbeiter.

Aus Sizilien. Im nächsten Jahre soll auf der Insel Sizilien, und ganz besonders in Palermo der sechshundertste Jahrestag der sogenannten sizilianischen Vesper gefeiert werden, jener blutigen Erhebung der Sizilianer gegen die französische Herrschaft. In seiner neuesten Nummer nun richtet der „Avanti“ einen eindringlichen Mahnruf an das sizilianische Volk, sich nicht an der Feier zu betheiligen, die von Oben her besiedert werde, um das Volk gegen die Franzosen anzuhängen. Der Mahnruf schließt mit folgenden Worten: „Wir müssen bis auf den Grund gehen und dem sizilianischen Volke sagen, daß es sich enthalte, die Vesper zu feiern; daß sie diejenigen feiern sollen, die ein Interesse daran haben, den nationalen Haß zu schüren, um unbeschränkt zu herrschen. Unter den heutigen politischen Verhältnissen, nach Tunis, nach Marokko, nach der Wiener Reise kam die Vesper nur einem dem französischen Volke feindschaftlichen Charakter annehmen.“

„Deshalb rufen wir aus voller Ueberzeugung dem stolzen Volke Siziliens zu: Genossen, Brüder! Feiert nicht die Vesper des Jahres 1282, aber bereitet Euch vor, die neue Vesper zu feiern — die Vesper des Volkes, das sich erhebt, um seine Rechte in ihrer Gesamtheit geltend zu machen, seine wirtschaftlichen, politischen und sozialen Rechte!“

Wenn indeß Eure Vereine, Eure Gemeinden um jeden Preis am Feite theilnehmen wollen, so erhebt auch Ihr Eure Fahnen, auf welchen mit flammenden Worten geschrieben steht: Friede den Vätern! Krieg den Privilegien!

Bereits hat der Verein der Nichtwahlberechtigten von Messina auf seiner Generalversammlung einstimmig einen gegen die Abhaltung dieser Feier gerichteten Protest angenommen.

Die sozialistische Agitation in Italien schreitet rüstig vorwärts, das Programm der Sozialisten der Romagna findet allgemeine Zustimmung. Auf den 3. Dezember war nach Alexandria ein Kongreß der in Egypten lebenden italienischen Sozialisten einberufen, auf dessen Tagesordnung u. A. auch die Diskussion des genannten Programmes stand. Bekanntlich ist die Auswanderung von Italienern nach Egypten eine sehr starke, so gibt es in Alexandrien allein zwischen 12 bis 13,000 Italiener, fast sämtlich Arbeiter.

Aus Reggio d'Emilia wird die Gründung eines neuen sozialistischen Blattes „Lo Scamiccio“ (der Entblöthe) gemeldet.

Ein Streik der Väder in Turin, an welchem ca. 1500 Arbeiter theilnahmen, ist vor mehreren Wochen beendet worden, die Arbeiter, welche die arbeiterfreundliche Regierung durch Massenverhaftungen u. s. w. einzuschüchtern versucht hatte, hielten tapfer aus, haben indeß nur einen sehr geringen Theil ihrer Forderungen durchgesetzt. Jetzt hat sich eine Vädereigenenunion gegründet, welche durch Beiträge von 5 Lire die Mittel zur Errichtung eigener Vädereien aufbringen will. In denselben sollen zunächst die durch den Streik außer Arbeit gekommenen Genossen beschäftigt werden.

Aus Rußland. Es geht uns folgender Aufruf zu, den wir um so lieber zum Abdruck bringen, als er uns Gelegenheit gibt, auf's Neue unserer Sympathie für die Freiheitskämpfer in Rußland Ausdruck zu geben:

Bürger!

Seit mehreren Jahren sind wir Zeugen jenes mörderischen Kampfes, der in Rußland zwischen der Regierung und jenen tapferen Leuten stattfindet, welche es sich zur Aufgabe gestellt haben, das Land von dem Despotismus, der dessen zahlreiche Bevölkerung erdrückt, zu befreien. Mit jedem Tag nimmt der Kampf an Umfang zu, insofern dessen auch die Zahl der Opfer. Schloß, Zivilarbeit, Deportierung und Verbannung auf administrativem Wege richten in allen Klassen der russischen Gesellschaft Verheerungen an. Demütigte Leute ebenso wie Arbeiter und Bauern fallen unter den Schlägen der Verfolgungen der Regierung, und wie viele dieser Leute waren die einzigen Stützen ihrer Familien!

Sind diese Opfer des Kampfes für die Freiheit weniger der Theilnahme werth, als etwa Wittwen und Waisen, welche die Kriege der Regierungen miteinander schaffen? Haben die Leiden und das Elend, welche dieser Kampf erzeugt, weniger Anspruch auf unser Mitgefühl?

Schon seit Langem werden in Rußland Anstrengungen gemacht, um diese täglich sich steigenden Leiden zu lindern, aber unorganisirte erfüllen sie ihren Zweck nur unvollständig. Der „Volkswille“ („Karb-naja Wolja“) hat die Initiative ergriffen, diese Bemühungen zu organisiren, indem er eine Unterstützungsgesellschaft für die Opfer der Verfolgungen der Regierung gründete. Er hat ihr den Namen „Verein des rothen Kreuzes des Volkswille“ geben zu müssen geglaubt, um schon durch den Namen den Zweck der Thätigkeit darzulegen.

Der „Verein des rothen Kreuzes“ beabsichtigt, Allen denen Unterstützung zu verschaffen, welche im Kampfe für die Freiheit des Gedankens und des Gewissens, für das Wohl des russischen Volkes gelitten haben, ohne Unterschied der Partei.

Ebenso appelliert er an die Sympathie der Bürger des Auslandes und rechnet auf die Unterstützung Aller dorer, welchen die Leiden, die der Kampf für die Freiheit, sei es in welchem Lande immer, mit sich bringt, zu Herzen gehen, welche die hervorragende Bedeutung eines Freiheitskampfes in Russland für die gesamte zivilisierte Welt und die kulturelle Rolle des russischen Despotismus begreifen, und welche bereit sind, den Kämpfern für den wahren Fortschritt ohne Unterschied der Nationalität die Hand zu reichen. Es hat deshalb die Zentralkommission des Vereins des rothen Kreuzes Delegationen beauftragt, eine Sektion dieses selben Vereins im Auslande zu errichten, um die für seine Zwecke eingehenden Summen in Empfang zu nehmen. Diese Delegationen sind die Bürgerin Vera Saffulitsch und der Bürger Peter Lawroff.

Den Zwecken dieses Vereins entsprechend, beabsichtigen diese Delegationen:

- 1) Subskriptionslisten, welche mit Nummern und Stempel, sowie mit Ihren Unterschriften versehen sind, auszustellen, auf welchen die Beiträge der Geber einzutragen sind.
- 2) An die mit unserer Sache sympathisierenden Redaktionen einen Antrag zu richten, die sie einzuladen, durch die Stimme ihres Organes Sammlungen zu Gunsten des Vereins zu eröffnen und die so erhaltenen Summen an die Delegationen abzuliefern.
- 3) In den Blättern Abrechnung über die empfangenen Summen und deren Verwendung zu veröffentlichen.

Bürger!

In dem wir diesen Antrag an Euch richten, rechnen wir auf Eure Wohlthatigkeit für die Sache der Freiheit. Die Leiden, welche unsere Freunde in Russland erdulden, verdienen die Theilnahme aller Menschen, die ein Herz haben — und ihnen zu Hilfe kommen, heißt einen Beweis jener Solidarität ablegen, ohne welche die Sache der Menschheit nicht zum Siege geführt werden kann.

Die Delegationen:
 Vera Saffulitsch. Peter Lawroff.
 Die Redaktion des „Sozialdemokrat“ hat eine solche Liste übernommen und ist bereit, Beiträge und die Beforgung weiterer Listen zu vermitteln.

Erklärung.

Der redselige Statthalter von Elßaß-Lothringen, Herr von Rantenküffel, hat jüngst auf einer Soirée, welche er dem landesüblichen Landesauschuss der sogenannten Reichslande gab, unter anderen „Gesinnungen“ auch eine Rechtfertigung der gegen mich und Genossen Schilde verhängten Ausweisung zu Tage gefördert, welche mich zu einer Gegenerklärung nöthigt. Die Genossen sollen unsere Feinde einmal von einer neuen Seite kennen lernen.

Zunächst schmückte der preussische General den sogenannten Professoren und wohlgenährten Bourgeois damit, daß es nur zwei auf dem jenseitigen (d. h. dem deutschen) Ufer des Rheins geborene Individuen seien, die er ausgewiesen habe, und wie froh er sei, daß es keine Eingeborenen seien. Was soll man nun mehr bewundern an dem frommen und frommen Charakter aus dem „Staate des deutschen Vaterlandes“, die ekelhafte und plumpe Schmeichelei den Elässern gegenüber, oder die bodenlose Gemeinheit, mit der er behauptet, daß die Ausweisung von zwei sogenannten Schwaben, die in Straßburg ihre Existenz hatten und denen man nichts beweisen konnte, als daß sie Sozialdemokraten sind und bei ihren Freunden als solche gelten, nicht gefährlich sei? Von „Schwaben“, die nach dem Glauben der meisten Elässer ja doch nur Halbmenschen sind, brauchen Sie, Herr Feldmarschall, das nicht erst ausdrücklich zu erklären, ja, je mehr „Schwaben“ Sie ausweisen, desto mehr werden Ihnen die „Eingeborenen“ jubeln.

So, deutsche Arbeiter, spricht und handelt der erklärte Günstling „Eures“ Kaisers. Euch schwindelt man vor, Elßaß-Lothringen müsse wieder deutsch werden, in Wahrheit aber macht man alle Anstrengungen, es zu latinisieren, es zu verpreußen. Darum werden die unabhängig denkenden Arbeiter hinausgewiesen, und das Spießthum und Demagogentum befördert!

Wobler, „frommer“ Herr Statthalter, nehmen Sie sich das Recht, ehrliche Arbeiter, die bereits über acht Jahre im Lande ihrem Berufe nachgehen, auf die Straße hinauszumwerfen, ohne denselben auch nur die geringste Uebertretung der Gesetze nachweisen zu können? Ich nehme Ihre Antwort im Voraus: Mit so einem Arbeiter braucht man es nicht so genau zu nehmen. Ja, wenn es sich um den Händedruck eines elässischen Waffens oder Fabrikanten handelt, da ist der preussische Held à la Mac Mahon zu allen möglichen Knechtendiensten bereit. Aber ein deutscher Arbeiter! Dem gibt man, wenn er sich nicht ducken will, einfach einen Fußtritt. Was Sie Recht nennen, Held von Bismarck, ist die brutale Gewalt, das wirkliche, das fittliche Recht steht auf unserer Seite.

Ferner schmückt der Götze den Bourgeois vom Landesauschuss die alte Legende von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit um den Mund. Darüber will ich kein Wort verlieren. Geht, ihr gläubigen Seelen, in Fabriksdistrikte des Elässers, seht Euch die Wohnungen der Arbeiter in Straßburg an, und wenn Ihr dort das Elend geringer findet als anderwärts, dann will ich ein Lügner sein. Nein, Herr Rantenküffel, die Sozialisten in Straßburg gingen nicht daraus aus, die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit zu zerstören, denn die existiert nicht. Sie gingen vielmehr darauf aus, zu konstatieren, wie von Seiten der Verwaltung die Ohne der Arbeiter und die Gehalte der niederen Beamten immer mehr herabgedrückt werden, wie konstatieren auch, daß preussischerseits das Volk mit dem Fuzel, den Ihre Standesgenossen, die preussischen Junker, Fabrikanten, verachtet wird, denn wir aufmerksamen Sozialisten sehen, wie die Arbeiter, welche an der Stadt-Umwallung arbeiten, von Ihren guten deutschen „Patrioten“ betrogen werden.

Daß Sie uns ausweisen, weil wir bei den damals bevorstehenden Reichstagswahlen die miserable Handlungsweise Ihrer Verwaltung und den Humbug einer Bismarckschen, unter der falschen Firma „Arbeiterfreunde“ auftretenden Kandidatur gehörig zu kennzeichnen gedachten, daß Sie uns ausweisen, um die Elässer um so ungehörter zu machen, das verschwiegen Sie wohlweislich in Ihrer Diktion, denn Sie kennen Ihre Leute. Und die landesüblichen Professoren ließen sich Ihre faden-scheinigen Argumente auch wirklich gefallen. So wird das Volk doppelt betrogen.

Und nun, Sie gottesfürchtiger Statthalter, der Sie mit dieser Ausweisung nicht nur die beiden bösen Sozialisten, sondern auch deren Angehörige getroffen, laufen Sie weiter in die Kirche, verdrehen Sie salbungsvoll die Augen, wir kennen Ihr Christenthum und wissen seinen Werth zu schätzen. Es steht bei uns in gleicher Achtung wie Ihre Polizei. Rufen Sie Ihren Gott an, so viel Sie wollen, verdoppeln und verdreifachen Sie Ihre Polizeistärke. Sie werden die Saat des Sozialismus trotzdem in Elßaß-Lothringen nicht austrotten, die Versicherung können wir Ihnen geben. Nach wie vor, trotz der Ausweisung, werden wir Ausgewiesenen dahin wirken, daß das erst von der Bonapartistischen und dann von Hohenzoller'scher Korruption vergiftete Elßaß-Lothringen in der Sonne der politischen und sozialen Freiheit wiedergewonnen werde, nicht für Deutschland, auch nicht für Frankreich, sondern für die internationale Solidarität der Völker. Kämpfen Sie dagegen soviel Sie wollen, in unsern Augen sind Sie doch nichts als ein abgeschmackter Don Quixote oder ein preussischer Polizeibüttel. Oder auch Beides.

Franz Siegle.

Parteilgenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Korrespondenzen.

— Aus dem 18. sächsischen Wahlkreise. (Schluß.) So rückte der Wahltag heran. Die Konservativen und Liberalen hatten sich tüchtig gewaschen, alles war gesäubert. Es fanden uns am Wahltag selbst wenig Genossen zur Verfügung, so daß wir nicht alle Wahllokale, wie haben deren 14, besetzen konnten. Nachdem die Anzahlung vorüber war, begaben wir uns in Winters Restaurant. Die Städte und Arbeitervereine brachten ein ansehnliches Plak, während die Bauernvereine stets Minus anwiesen. Bis Abends 10 Uhr hatten wir einen Vorsprung gegen beide Gegner zusammen von 700 Stimmen, jetzt glaubten wir, die noch ausstehenden Ortshäuser können uns nicht mehr aus dem Sattel heben, es wurde der Sieg proklamiert. Da herrschte große Freude über die Wiedereroberung unseres Wahlkreises, und sofort wurden an Liebknecht, Stolze und nach Chemnitz Telegramme geschickt, die Gegner zogen die Köpfe ein, denn Stollzes Sieg schien gewiss. Nachdem am anderen Tag die Resultate von anderen Wahlkreisen eintrafen, waren wir froh, der einzige Wahlkreis in Deutschland zu sein, der einen Vertreter der Partei gewählt hatte. Den zweiten Tag, nachdem unsere Ortshäuser so ziemlich bekannt waren, manfachte man von Stichwahl, wir wollten nicht daran glauben, mit desto größerer Spannung harrten wir der offiziellen Auszählung, wir glaubten noch an keine Stichwahl, aber die Herren Wahlvorkände hatten ihr möglichstes gethan, so viel Stimmen als nur möglich ungültig zu machen und siehe da, das Resultat war folgendes: Stolle 7327, Kürzel 4696, Hermes 2645. 11 Stimmen waren zerstückelt, 72 ungültig, mithin fehlten uns noch 13 Stimmen zu der erforderlichen Majorität.

Kaum hatten wir das Amtshauptmannschaftliche Geblude hinter uns, so wurde zum Kampf aufs Neue gerufen und alle erforderlichen Dispositionen getroffen. Jetzt spürte man aber auch einen anderen Geist unter den Arbeitern, viele, die bei der ersten Wahl nicht gewählt waren, gaben jetzt das Versprechen, diesmal zu wählen. Man kann sagen, diesmal betrieb die Arbeiter selbst die Agitation, von allen Seiten wurde jetzt angelesen; die Gegner, die bei der ersten Wahl sich Optimisten titulierten, lagen sich jetzt brüderlich in den Armen; die reicheren Vereine zu Crimmitschau und Werba waren bei der ersten Wahl für den Konservativen öffentlich eingetreten, während der freimüthig reichere Verein zu Jwidsau für den Fortschrittler Hermes eingetreten war. Aber Konservativen und Charaktere sind nicht Sache dieser Ordnungswahler. Jetzt bei der Stichwahl erklärten die Vorstände der reicheren wie der Fortschrittsvereine, daß die Mitglieder geschlossen für den Konservativen stimmen sollen. „Ihr Arbeiter“, warte es aus ihren Aufzügen, sagt Euch los von den falschen Propheten, viele Tausende von Wählern habt Ihr umsonst für die Agitatoren geübt; kommt endlich einmal zur Einsicht Ihr lieben Arbeiter“ u. s. w. u. s. w. Bloß die Werbaer Fortschrittler hatten noch so viel Ehrgefühl, öffentlich zu erklären, daß dieselben es nunmehr unter ihrer Würde hielten, für den Konservativen zu stimmen, und sich der Abstimmung zu enthalten.

Kurz und gut wir waren auf uns allein angewiesen. Es wurden uns von Dresden und Freiberg drei recht wacker Genossen gesandt, welche ihre Schuldigkeit voll und ganz thaten, auch aus Merzau hatten sich einige wackerer Streiter gefunden, so ging denn unser Austragen (natürlich bloß Stimmzettel, von einem Wahlantrag wurde gänzlich abgesehen) sehr gut von Statten. Die Gegner benutzten sich Tag für Tag, den Bürgern und lieben Arbeitern zu beweisen, daß es klar in ihrem Interesse liege, wenn der Konservativ gewählt werde und das liebe Sachjen nur noch reichere Abgeordnete sende; die Sozialdemokratie müsse aufgemerkt werden. Dem denkenden Wähler war aber doch die Sache etwas zweifelsfrei; namentlich wenn er die Wahlsaufgabe der Ordnungsparteien vor der ersten Wahl mit den jetzigen verglich.

So nahe denn der 14. November, der Wahltag. Mehrere Bergwerke, z. B. Bräudenberg, ließen ihre Mannschaft nicht ausfahren. Wer wählen wollte, mußte sich den Abend zuvor entschuldigen und die ganze Nacht versäumen. Nur sehr wenige verstehen sich dazu, ein solches Opfer zu bringen, dazu fehlt den Leuten doch noch etwas Verhältniß. Es gingen uns infolgedessen wohl 1000 Stimmen verloren, die Gegner hatten sich die Wählerlisten abgeschrieben, sahen mit im Wahllokal — diese Herren können sich das doch leisten — und wer um 3 Uhr noch nicht gewählt hatte, bekam einen Boten geschickt, mit der Aufforderung, der Wahlsieg sei in Gefahr, er solle sofort seine Stimme Herrn Kürzel geben; hatte derselbe am 4 Uhr noch nicht gewählt, bekam er noch einen, mit der Aufforderung, daß der Wahlsieg in großer Gefahr sei. Infolge dieses Treibens wurde nun doch die Situation für uns eine ernsthafte. So mancher, der gar nicht gewählt hätte, wurde von den Gegnern herangezogen. Diese Scharte mußten wir wieder ausweihen; alles was auf die Beine zu bringen war, mußte mit. Bei eingetretener Dunkelheit wurden Handarbeiter, die von auswärts, Fabrikarbeiter, welche von der Arbeit kamen, kurz und gut Jeder, der von der Arbeit nach Hause ging, angehalten und gefragt, ob er schon gewählt habe; wenn noch nicht, dann angeleitet, seine Schritte zu beschleunigen; wenn in der Nähe sein Wahllokal war, wurde der Betreffende sofort an die Urne geführt. Die Genossen flohen in den Straßen umher, wie Adjutanten im Kriege, damit Jeder seine Schritte beschleunige. Diese letzten 1½ Stunden, ein wahrer Verzweiflungskampf, brachten uns noch einen kolossalen Stimmenzuwachs, bis endlich die Glocke 6 Uhr verkündete und dem Treiben ein Ende machte. Das Resultat war überraschend. So einen Sieg hatten wir nicht erwartet. Zum erstenmal hatten wir in Jwidsau-Stadt die Majorität für uns. Und als nun die nachliegenden Ortshäuser ihre Resultate schickten, wie Sedewitz, Planitz u. s. w. wollte der Jubel kein Ende nehmen. Als die Resultate von Werba und Crimmitschau eintrafen, war es bereits 10 Uhr. Wir hatten die imposante Majorität von 5000. Diesmal war es nicht möglich, uns den Sieg mit Ungültigmachung von Wahlzetteln wieder zu entreißen, wir konnten den Sieg proklamieren. Der 18. sächsische Wahlkreis gehörte, nach einer Legislaturperiode, wieder unserer Partei, der er seit 1867 bis 1878 stets gehört hatte.

Die Genossen, die sich diesen Abend abspielten, vermag die Feder nicht zu schildern. Auch unseres selbigen Abgeordneten, Julius Kotteler, wurde gedacht. Dem treuen Kämpfer, von dem wir wissen, daß er unsere Fahne nicht verlassen hat, sondern an schwieriger Stelle casslos für uns wirkte, wurde ein donnerndes Hoch gebracht und beschloffen, ihm sofort ein Telegramm zu senden.

— Pirna, 7. Dezember. Bei der Wahl hatten wir auf Max Kaiser 564 Stimmen vereinigt, mehr war unter diesen Verhältnissen hier nicht zu erwarten, denn keine Ausnahme, kein Finghilt konnte von uns verbreitet werden. Die Stimmzettel wurden an drei verschiedenen Orten konstatirt und die Austräger verhaftet. In Blaschütz wurden allein 500—600 Stimmzettel beschlagnahmt. In den kleinen Städten wie Reusnitz, Sebütz, wo wir in den Versammlungen der Gegner unsern Kandidaten proklamieren konnten, hatten wir relativ guten Erfolg. Es gehören zu diesem Kreis über 170 Ortshäuser.

— Zürich. Die hiesigen Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands haben am Sonntag den 18. Dezember einstimmig eine Resolution angenommen, in welcher sie gegen verschiedene Verurtheilungen der Genossen Bloß und Hakenknecht am Reichstags Verwahrung einlegen. Diese Resolution ist der Fraktion eingehandt worden.

der Expedition: Louis Sonntag Warner Town: Fr. 25,20 am 15/12. crh. und hiesigen Fr. 2,40 d. Wds. jugen. Abonn. bis Ende 82 glatt. Grühl. — „Leue“: Nr. 2. — durch V. f. d. Wfd. d. crh. — K. Wormser: Nr. 74,50 a. Cto. crh. Kor. richtiggestellt. Weiteres d. benützt — Reut.: Nr. 15. — Nr. 4 Cu für 5 Expl. durch St. crh. — Nr. Verb.: Vll. kommt. Kundwahl laut gesandtem Katalog selber treffen. Grühl. — O. Schred: Vll. vom 18/12. am 17. beantra. Vllg. folgt. Es say soweit Berath reicht. — Fr. Roth Jg.: Fr. 2. — Nr. 1. Cu. 82 crh. V. R. abgeg. am 18/12. — Arb. W. Grühl, Vllt.: Fr. 9,54 eingetr. Eino gar für Gada oder erinnert sich etwa Rich. Frankel seiner uralten Fr. 24,00? u. R. w. g.; Grühl. — E. G. Hunt.: Fr. 2. — Nr. 4. Cu. crh. — V. d. Gläsern in B.: Fr. 2,30 d. Wfd. d. jugen. — Fisch. Arb. B. Zürich: Fr. 38,95 u. d. R. hiesigen d. Fr. Vllt. crh.; ebenso Fr. 9,15 durch Vortrag von Prof. R. Födqitt. folgt. — Cor. 3.: Fr. 1. d. R. f. B. crh.; aber wie hiebringen? — Chr. Wllgr. Hllt.: Fr. 3. — für Kul. crh. Die Fr. 1,20 folgen in d. späteren Födqitt — O. G. B.: Nr. 25. — J. Schred. crh. Vllt. am 21/12. mehr. — Du: Nr. 20. — (Postkurs Fr. 24. —) a. Cto. Wd. crh. Rest auf 4. Cu. Nr. 14,40. Wllg. folgt. — G. R. Renan: Fr. 1,65 pr. Wfd. durch Wllg. d. crh. — V. L. G. — d. B. in O.: Nr. 6. — Nr. 4. Cu. d. crh. Alles in Ordnung. — W. S. D.: Fr. 1. — d. crh. — A. G. S.: Nr. 5. — Nr. 1. Cu. 82. crh. — Fr. Odt 34.: Fr. 2. — Nr. 4. Cu. crh. — Or. 7.: Nr. 50,40 Nr. Olt. und Kov. crh. Weiteres d. — U. a. D.: 34 befohrt. Grühl. d. R. f. B.: Wehebelg. n. folgt, aber — auch für Sie, alter Freund, ist „Frau und Soz.“ vergriffen! — Wllt.: Wdr. zu 48 u. 49 am 21/12. zum drittenmal gemeldet. Alles vollständig fort. Achtung denn an den Zwischenhänden? — Seele: Folgen 25 mehr nicht Schrift. Vermögtes wird roherührt. Vll. Weiteres. — h: 5 Expl. 31 Witwoud sofort expreß abgeg. — Th. S. B.: Wer Wllt. fort. Schrift u. Es say gleich abgeg. — I. S. London: Was hat Jahr ohne Solveter?, das ist Bumbum ohne Gefähr; Was die „Erhaltung“ ohne „Reinheit“, das ist Bumbum ohne Gemeinheit. Was der Hanswurst ohne Schellenkoppe?, das ist die Wahrheit in seiner — Wappe. — Prost!

Nam. d. Seper: 1) Ohne Anfang und ohne Ende, also gar nicht!
 2) Zweck- und weithlos. 3) Eindrucklos.

Anzeigen.

Bei uns ist erschienen und kann durch uns und die Volksbuchhandlung bezogen werden:

Zweite Auflage. Stieber's Berdruß.

Geheimchrift zur Sicherung des Briefverkehrs in und mit Deutschland und anderen Ländern, in denen die Reaktion ihr Wesen treibt.

Zweite vermehrte Auflage.

Mit großer, zum Aufziehen eingerichteter Schiffeintafel. Preis: 20 Pf. — 25 Cts.

Der systematische Briefdiebstahl, welchen in Deutschland — und nicht minder in Oesterreich — die verbündete Post und Polizei gegenüber den Sozialdemokraten ausüben, macht für letztere eine Reihe von Sicherungsmaßregeln und für wichtige Mittheilungen selbst die Anwendung einer der Polizei unzugänglichen Geheimchrift nöthig. Die ausführliche Anleitung hierzu findet sich in „Stieber's Berdruß“, der deshalb allen Parteilgenossen, namentlich denen, welche viel mit Briefverkehr in Parteiangelegenheiten zu thun haben, zu empfehlen ist.

Weiter ist durch uns zu beziehen, soweit der Vorrath reicht:
Schiffch-Scheiben
 in Schachteln, zum schnellen und sicheren Schiffraten nach dem System „Stieber's Berdruß“, mit Vereinfachung des Zahlen Schiffratens.
 Preis: pro Exemplar franko: Fr. —,75 = RL. —,60.

Ferner liefern wir:
Der erste Hochverrathprozess
 vor dem Reichsgericht in Leipzig.
 Auf Grund der stenographischen Niederschrift der Verhandlungen herausgegeben von E. Künzel.
 Stenograph u. Red. der „Reichsgerichts-Korrespondenz“.
 Preis: Mk. 1,20. Fr. 1,50 per Einzel Exemplar.
 Bei Entnahme von 3 Exemplaren u. mehr: Mk. 1. — Fr. 1,25.
 Franko, — nur gegen baare Vorauszahlung.
 Expedition des „Sozialdemokrat“.

Abonnements-Einladung.

Mit Neujahr beginnt ein neues Quartalabonnement auf den „Sozialdemokrat“. Wir erlauben unsere Leser, ihr Abonnement rechtzeitig zu erneuern, sowie für Gemüthung neuer Abonnenten uns zu danken zu sein. **Weder das Abonnement auf den „Sozialdemokrat“ noch das Empfohlen deselben ist in Deutschland strafbar, sondern lediglich die direkte Verbreitung.**
 Es ist deshalb Pflicht für die Vertreter jedes Parteilgenossen, auch einzeln für die Verbreitung des „Sozialdemokrat“ zu wirken. Zu der Verbreitung des „Sozialdemokrat“ ist ein Grund der Ausnahmestellung vorhanden ist, in nach die Verbreitung selbstverständlich mit größter Vorsicht zu gehenden; letztere angewandt, ist die Sache übrigens durchaus ungeschädlich und leicht ausführbar. Das bloße Abonnement ohne Weiterverbreitung ist gesetzlich erlaubt.
 Der „Sozialdemokrat“ wurde vom letzten Parteilgenossen einstimmig zum einzigen offiziellen Organ der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands erklärt.
 Der voranzugleichende Abonnementpreis des „Sozialdemokrat“ beträgt hieteil. für Deutschland und Oesterreich 3 Mark (R. 10 fr.), wofür das Blatt wöchentlich als beifolgender Brief verhandelt wird; für die Schweiz 2 Fr., für alle übrigen Länder des Weltpostvereins 2 Fr. 50 Cts. (unter Bank). Dieser Preis kann in dessen, namentlich in Deutschland, bedeutend ermäßigt werden, wenn sich die Genossen eines Ortes zum Bezug im großen vereinigen. Wenn unverkäufliche Exemplare abgezogen werden und damit kein gemeldet wird, wenn freier die gebührende Vertheilung an die abunten Genossen nachlässig geschieht; dann ist die Gefahr der Entziehung beim Gesamtbezug meist geringer wie bei den Vertheilungen.
 Mit 10 Exemplaren können in Doppelbrief übermiltelt werden; bei größeren Vertheilungen ist die Zulassung in Paket vorzuziehen. Bei Bezug von zehn Exemplaren ist der Preis der Quartal auf M. 1. 90. franko ins Haus geliefert, und ist der Betrag monatlich mit 30 Pf. im Voraus einzulösen. Schmutzige Sendungen werden gar verschickt, nicht in der Schweiz, sondern in Deutschland abgegeben.
 Briefmarken aller Länder werden für voll angenommen; größere Beiträge in Papiergeld nicht eingelebten Briefe oder Post-Einsparung.
 Da nicht unbedeutende Rollen durch ungenügendes Frankieren einfließen, so machen wir darauf aufmerksam, daß einzelne Briefe (bis 15 Gramms nach der Schweiz 20 Pf., resp. 10 Kreuzer z. B. lösen, bei schwächeren Briefen je 15 Gramms weitere 20 Pf., resp. 10 Kreuzer.
 Man wende sich bei Eingabebefehlen an den Verlag von H. Dietz, Reichsstraße 5, Döllingem-Zürich, bei gemeinsamen Abonnement auch am Kuffelische an die bekannten Agenten in Deutschland, oder an die Intermedianten durch Vermittlung in der Schweiz oder auch in Russland lebender Freunde.
Monatlich Vorauszahlung des Abonnementpreises an unsere Vertrauensmänner und Filialverwalter ist unerlässlich!
 Parteilgenossen! Sammt Euch um Eure Partei und berüht die Euch gebührende Waffe mit Eifer und Geschick; seid tüchtig und thut Euch Pflicht!
 Redaktion und Expedition des „Sozialdemokrat“.

Briefkasten

Der Redaktion: Ein Theil der Rundschau, verschiedene Einwendungen, sowie das Remissionen müßten Raumangelegenheiten halber für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

644114. Vereinsbuchdruckerei Döllingem-Zürich